

Wer regiert die Politik?

Sogar der Präsident der Partei mit dem „C“ will die Einmischung kirchlicher Amtsträger in die Politik eindämmen. An der Uni Freiburg kreuzten Repräsentanten aus Theologie und Politik die Klingen.

GLAUBE UND GESELLSCHAFT „Religion – raus aus der Öffentlichkeit. Ist Glaube reine Privatsache?“ Zu dieser Tagung, an der am 15. März rund 60 Personen teilnahmen, hatte das von Walter Dürr initiierte Studienzentrum für Glaube und Gesellschaft zusammen mit der Evangelischen Allianz, der Uni Freiburg, Justitia et Pax sowie dem Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund (SEK) eingeladen.



Amtsträger als Bürger unter Bürgern

Höhepunkt der Veranstaltung war ein Podium, an dem neben CVP-Parteipräsident und Nationalrat Gerhard Pfister auch Nationalrat Eric Nussbaumer (SP), Nationalrätin und EVP-Präsidentin Marianne Streiff sowie der ehemalige Uno-Sonderbotschafter für Religionsfreiheit, Heiner Bielefeldt, teilnahmen. Unter der Moderation von Marc Jost, Generalsekretär der SEA, beteiligte sich zudem Andreas Kyriacou, Präsident der Freidenkervereinigung, an der Diskussion. Am Gespräch nahm Gerhard Pfister die Gelegenheit wahr, seine Position zu präzisieren. Es gehe ihm nicht darum, kirchliche Amtsträger von der öffentlichen politischen Diskussion auszuschliessen. Sie sollen und dürfen auch christliche Positionen vertreten, so der CVP-Parteipräsident. Sie müssten jedoch als Bürger und nicht als Sprecher der Kirche antreten.

Religiöse als Problem oder Lösung?

Widerspruch dagegen meldete vor allem der Theologe und Historiker Heiner Bielefeldt an. Man dürfe Religionsvertretern keine Schwellen in den Weg legen. Zudem sei heute Religion in der Öffentlichkeit präsenter als vor 50 Jahren, und die Leute wüssten mehr darüber. Das belegten religionssoziologische Studien. In seinem Referat vom Vormittag hatte sich Bielefeldt dezidiert dagegen gewandt, die Religion ins Private abzudrängen, auch wenn die Religionsfreiheit manchmal missbraucht werde und Religion öfter als Problem statt



Marianne Streiff, Andreas Kyriacou, Marc Jost, Heiner Bielefeldt, Eric Nussbaumer, Gerhard Pfister (obere Reihe); Daniel Bogner, Frank Mathwig, Andi Bachmann Roth, Michael Mutzner (u.v.l.).

als Lösung wahrgenommen werde. Er machte aber auch klar: Die Religionsfreiheit schützt ein Recht von Menschen und nicht von Institutionen. Und er warnte davor, die Religionsfreiheit gegen die Menschenrechte auszuspielen.

Auch Eric Nussbaumer setzte sich für das Recht von Religionsvertretern ein, sich öffentlich zu äussern. Und Marianne Streiff doppelte nach: „Man kann nicht über soziale Fragen diskutieren und die Religion draussen lassen.“

Beispiel Genf als Vorbild?

Das Fragezeichen der Tagung nahm Andreas Kyriacou auf. Der Freidenker wandte sich vor allem gegen die Privilegierung von Kirchen gegenüber anderen Religionsgemeinschaften, zum Beispiel in der Spitalseelsorge. Das Beispiel Genf, wo Reformierte, Katholiken, Freikirchler und Sportklubs als Verein organisiert sind, ist für ihn das Vorbild. In seinem Schlusswort nahm Professor Daniel Bogner, Ethiker an

der Uni Freiburg, den Faden auf, den Heiner Bielefeldt am Morgen gelegt hatte: Der Staat habe die Aufgabe, offene Räume für Christen und andere Religionsgemeinschaften zu schaffen, die sinnvoll gefüllt werden können. Dabei seien allen jene Rechte einzuräumen, die man selbst beanspruche.

Frank Mathwig schloss sein Referat in Anspielung auf Karl Barth mit den Worten: „Es wird regiert. Da bleibt lediglich die Frage, von wem die Politik sich regieren lässt.“ (Fritz Imhof)

FEWO'S IN TIROL – am Achensee

Familienurlaub – Top Lage
1-, 2- oder 3-Zimmer-Wohnungen
Familie Spiegel
Tel. 0043 664 1136511
www.hausachensee.at